14/2020

ANDREAS LÄMMELS
BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

man konnte in dieser Woche fast auf die Idee kommen, es wäre schon Weihnachten. Es gab Bäume —anlässlich der ersten Nachhaltigkeitswoche im Deutschen Bundestag verteilte die Fraktion Setzlinge zum Einpflanzen in den Wahlkreisen. Eine Eiche für Dresden habe ich nun auch im Gepäck. Und es waren frohe Botschaften aus Brüssel angekündigt. Froh konnte die Rede der deutschen Kommissionspräsidentin zur Lage der EU dann aber wahrlich nicht stimmen.

Die Klimaziele sollen doch tatsächlich noch einmal erhöht und der CO2-Ausstoß um mindestens 55 Prozent, im Vergleich zum Referenzjahr 1990, reduziert werden. Mindestens! Und im Durchschnitt der EU! Was heißt dies aber für Deutschland? Nach der gegenwärtigen Berechnungsmethode müsste unser Land 70 Prozent Einsparung erbringen. Das muss man sich schon mal auf der Zunge zergehen lassen. Für mich beweist das ein ums andere Mal, wie weit man in der europäischen Kommission von den wirklichen Problemen der Bürger entfernt ist. Über den Zustand der europäischen Wirtschaft lässt sich momentan nicht so viel Gutes sagen. Da jetzt noch verschärfte Klimaziele draufzupacken, wird garantiert tausende von Arbeitsplätzen kosten. Denn wie unter diesen Umständen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhalten werden soll, bleibt das wohlgehütete Geheimnis der Kommissionspräsidentin. In der Politik wird wieder einmal so getan, als wären die Klimaziele durch Fingerschnipsen erreichbar. Große Worte, wenig Klartext.

Gerade in der Woche der Nachhaltigkeit wurde sehr umfangreich darüber diskutiert, dass Nachhaltigkeit eben nicht nur aus Klimaschutz besteht. Es bedarf einer viel breiteren Betrachtung der Probleme auf unserem Planeten. Viele von der links-grünen Seite verstecken sich hinter dem Kampf für mehr Klimaschutz um ihre anderen Nachhaltigkeitsdefizite zu verdecken. Um das Erreichen der gesteckten Nachhaltigkeitsziele überhaupt finanzieren zu können, brauchen wir eine intakte und starke Wirtschaft. Deswegen macht es wenig Sinn, mit nicht umsetzbarer Regulierung die Unternehmen ins Ausland zu vertreiben.

Das Fazit lautet, Klimaschutz ja, aber mit Maß und Mitte. Diese Botschaft sollte endlich auch in Brüssel ankommen.

Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHE IM PARLAMENT

Erste Nachhaltigkeitstage im Deutschen Bundestag. Der Deutsche Bundestag hat über Grundprinzipien nachhaltiger Politik diskutiert - angefangen bei der Zukunft der Mobilität über einen handlungsfähigen Staat bis zum Klimaschutz. Ziel der Unionsfraktionen bleibt die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Handlungsspielräume zukünftiger Generationen. Nachhaltiges Wachstum und finanzieller Solidität spielen hierbei eine Schlüsselrolle.

Gesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes und zur Änderung von kosten- und grundbuchrechtlichen Vorschriften Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz. Mit dem Gesetz wird das Wohnungseigentümergesetz grundlegend modernisiert. Die Rechte von Wohnungseigentümern werden gestärkt und Abstimmungsprozesse vereinfacht. Insbesondere wird die Qualität der WEG-Verwaltung durch Einführung eines Anspruchs eines jeden Eigentümers auf Bestellung eines durch die IHK zertifizierten Verwalters erhöht. Außerdem wird künftig jeder Wohnungseigentümer im Grundsatz einen Anspruch darauf haben, dass auf eigene Kosten der Einbau einer Lademöglichkeit für ein Elektrofahrzeug, der barrierefreie Aus- und Umbau sowie Maßnahmen des Einbruchsschutzes und zum Glasfaseranschluss gestattet werden.

Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder. Auf Basis einer ebenso beschlossenen Grundgesetzänderungen erhalten die Länder aus dem Bundeshaushalt einen Betrag in Höhe von insgesamt 6,1 Milliarden Euro, um die zu erwartenden Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden für das Jahr 2020 auszugleichen. Zur weiteren Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wird der Bund dauerhaft weitere 25 Prozent und insgesamt bis knapp unter 75 Prozent der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen. Des Weiteren steigt der Anteil des Bundes an den Erstattungen für die Aufwendungen der Rentenversicherung aus den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR von 40 Prozent auf 50 Prozent. Der von den neuen Ländern zu tragende Anteil sinkt entsprechend.

© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Siebtes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Mit der beschlossenen Reform des Kraftfahrtsteuergesetzes wird eine stärker CO2-bezogene Kfz-Steuer geschaffen. Das Gesetz beinhaltet unter anderem die Verlängerung der zehnjährigen Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für bis Ende 2025 erstzugelassene reine Elektrofahrzeuge. Nach aktuellem Stand würde diese zum Jahresende auslaufen. Mit dem neuen Gesetz gilt die Steuerbefreiung nun bis längstens Ende 2030.

Sechsundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes. Der Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung diskutierten, soll einer weiteren Erhöhung der Zahl der Bundestagsabgeordneten entgegenwirken. Der Entwurf hält am System der personalisierten Verhältniswahl und an der mit der Wahlrechtsänderung von 2013 eingeführten Sitzzahlerhöhungen zum Ausgleich von Überhangmandaten fest. Allerdings wird für die Bundestagswahl 2021 mit dem Ausgleich von Überhangmandaten erst nach dem dritten Überhangmandat begonnen. Ab dem 1. Januar 2024 wird zusätzlich die Zahl der Wahlkreise von 299 auf künftig 280 reduziert Darüber hinaus wird dem Deutschen Bundestag aufgegeben, eine Reformkommission einzusetzen, die sich mit Fragen des Wahlrechts befasst und hierzu Empfehlungen erarbeitet.

Auch in dieser Sitzungswoche wurden wieder viele Gesetze beschlossen. Worum es in den in zweiter und dritter Lesung beschlossenen Gesetzen konkret geht, können Sie auch immer in der Serie **KURZ & BÜNDIG** auf meiner Homepage nachlesen –natürlich kurz und bündig.

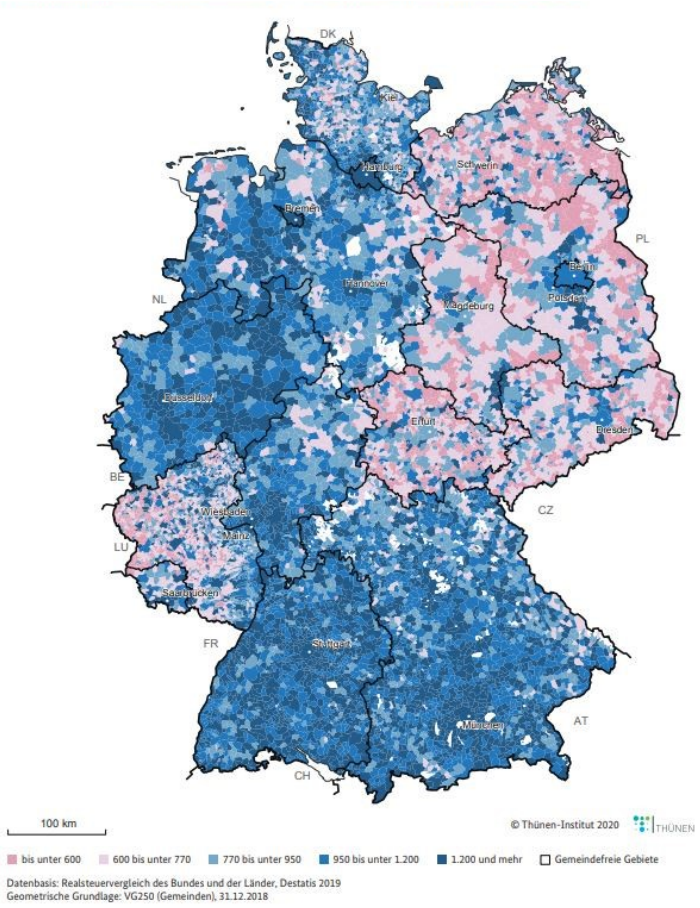
BERICHT ZUM STAND DER DEUTSCHEN EINHEIT

Die Bundesregierung hat in dieser Woche den vom Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vorgelegten **Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2020** beschlossen. In Würdigung des 30-jährigen Jubiläums der Wiedervereinigung zieht der Jahresbericht eine Bilanz der Aufbauleistung. Die Ergebnisse zeigen, je nach betrachtetem Themenfeld, dass die regionalen Unterschiede nicht mehr ausschließlich und nicht primär ein „Ost-West"-Gefälle sind, sondern Differenzen zwischen strukturschwachen und -starken Gebieten sowie zwischen urbanen und ländlichen Räumen.

Es gibt jedoch weiterhin teilweise noch **erhebliche Unterschiede** zwischen alten und neuen Ländern bei den **Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten, bei der Ausstattung mit Infrastrukturen und Angeboten der Daseinsvorsorge und bei den Wirtschaftsindikatoren**.

Einstellungsunterschiede gibt es zwischen alten und neuen Länder auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement haben sich in den neuen Bundesländern seit 1990 sehr gut entwickelt. Unterschiede gibt es jedoch noch bei der Bewertung der Demokratie und der politischen Institutionen, bei Einstellungen zu etwas Fremden oder der Verbreitung rechtsextremistischer Orientierungen. Das sind jedoch Differenzen gradueller und nicht grundlegender Natur. Sie zeigen, dass Deutschland auch nach 30 Jahren noch nicht überall gleich tickt. Deshalb wird die Bundesregierung auch Programme wie ‚Demokratie leben!' und ‚Zusammenhalt durch Teilhabe' fortsetzen.

Steuereinnahmekraft je Einwohner im Jahr 2018 in Euro



Das Jubiläumsjahr 2020 steht ganz im Zeichen der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Der Kabinettausschuss „Neue Länder" hat insbesondere die Auswirkungen der Pandemie auf die neuen Bundesländer beleuchtet. Die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern war bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie sehr gut. In den vergangenen Jahren haben sie sich dem Niveau der alten Bundesländer weiter angenähert – wenngleich eine höhere Geschwindigkeit bei der Anpassung zu wünschen wäre.

Die Bewahrung beziehungsweise die Schaffung einer bundesweit annähernden Gleichwertigkeit der Lebens-verhältnisse erfordert auch weiterhin politische Gestaltung auf allen staatlichen Handlungsebenen sowie sensibles Nachjustieren, um eine Entwicklung zu sichern, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erfordernissen gleichermaßen Rechnung trägt.

Damit beschäftigte sich der Kabinettausschuss „Neue Länder". In seiner Sitzung in dieser Woche befasste er sich unter anderem mit aktuellen Ansätzen zur Stärkung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Ländern sowie mit der regionalen Strukturförderung. Die Schlussfolgerungen des Kabinettausschusses „Neue Länder" finden Sie hier.

BEGEGNUNGEN

Im Austausch für die Wirtschaft in Sachsen: Regelmäßig führe ich Gespräche mit und in der **IHK Dresden**, diesmal ging es u.a. um die mögliche Einführung eines Lieferkettengesetzes, das Gesetz gegen Abmahnmissbrauch sowie die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht.

Der Green Deal und die Carbon border tax standen bei der **Handelspolitischen Runde** im Mittelpunkt der Diskussion.

Gemeinsam. Demokratie. Gestalten. Unter diesem Motto machte der **Demokratiebus der Konrad-Adenauer-Stiftung** auch Station auf dem Dresdner Neumarkt. Auch ich nutzte die Gelegenheit für interessante Gespräche mit den Bürgern.

Von der Fraktion gab es in dieser Woche Baumsetzlinge. Ich habe eine **Eiche für Dresden** ausgesucht. Jetzt gilt es einpflanzen und dann gießen, gießen, gießen. Das übernehme ich höchstpersönlich! CO2-Einsparung ohne Belastung der Wirtschaft.

HINWEIS BESUCHERFAHRTEN

Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages hat in dieser Woche entschieden, dass weiterhin keine Besuchergruppen im Bundestag empfangen werden, zunächst bis zum 31. Dezember 2020 . Ich bedauere das sehr, da die Informationsfahrten einen Einblick in die Arbeit der Bundestagsabgeordneten und der Bundesregierung geben. Sobald Besucherfahrten wieder möglich sind, werden ich und mein Team darüber informieren.

TERMINE

21.09.2020, Dresden
Kontrovers—Deutschlandfunk zur aktuellen Klimapolitik

21.09.2020, Dresden
Eröffnung NCT/UCC Tumorerkrankungscentrum

23.09.2020, Berlin
Info-Stand des OV Süden am Münchner Platz

24.09.2020, Dresden
Austausch mit Arbeitsagentur und Jobcenter Dresden

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin , Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943
Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www. facebook.com/laemmelmdb